

"Wir haben es mit einer Energiekrise zu tun"

Mainova-Vorstandschef Constantin Alsheimer spricht im ZfK-Interview über die Folgen des Ukraine-Krieges für die Branche, die künftige Rolle von Wasserstoff, signifikante Preiserhöhungen und warum er für den Frankfurter Regionalversorger ein schlechteres Ergebnis erwartet.

ZfK : Der Ukraine-Krieg hat die Paradigmen in der Energiepolitik nachhaltig verändert. Die Versorgungssicherheit rückt wieder ganz in den Vordergrund. Ist sie derzeit in Gefahr?

Alsheimer : Ja, das würde ich schon sagen. Die Versorgungssicherheit war ja auch kein Selbstläufer vor dem Ukraine-Krieg. Allerdings hat das niemand so richtig zur Kenntnis nehmen wollen. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass der Umbau des Energiesystems und das Herausnehmen von Kraftwerken in dieser Geschwindigkeit ein Risiko darstellt. Das war ja auch der Grund, warum Energieexperten gesagt haben, wir brauchen in einem Umfang von mehr als 20.000 Megawatt neue Gaskraftwerke. Die akute Angst um die Versorgungssicherheit hängt damit zusammen, dass das Embargo-Thema definitiv nicht vom Tisch ist. Die Forderung Russlands, die Energielieferungen in Rubel zu bezahlen, ist schon ein Kratzen an dem Thema. Ich bin der Ansicht, wir sollten uns an die geschlossenen Verträge halten und wie vereinbart in US-Dollar oder Euro bezahlen. Da aber der russische Präsident Putin dem Vernehmen nach auf die Bezahlung per Rubel besteht, bleibt das Embargo ein realistisches Szenario.

ZfK : Welche Folgen hätte ein Stopp der russischen Energieimporte, speziell beim Erdgas?

Alsheimer : Bei Erdgas wäre das zurzeit eine sehr schwere Belastung, die dazu führen würde, dass wir nicht jeden versorgen können. Trotz der zusätzlichen Menge für verflüssigtes Erdgas, welche Bundeswirtschaftsminister Habeck auf seinen jüngsten Auslandsreisen unter Vertrag genommen hat, hätten wir spätestens zur nächsten Heizperiode erhebliche Schwierigkeiten mit der Gesamtmenge. Wir müssten Teile der Wirtschaft abschalten und mit immensen Einbußen bei den Unternehmen

rechnen.

Wir sollten in den kommenden ein bis zwei Jahren der Krise möglichst alle verfügbaren Erzeugungskapazitäten am Netz lassen. Dazu gehören auch die Kohlekraftwerke, die wir zumindest in der jetzigen kritischen Zeit nicht stilllegen sollten

ZfK : Sollten die drei verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland noch mehrere Jahre am Netz bleiben, um bei der Stromversorgung die Grundlast zu sichern?

Alsheimer : Im Grunde sollten wir alle Versorgungskapazitäten heranziehen, die wir haben. Denn wir haben es mit einer Energiekrise zu tun. Ich will mir nicht anmaßen, besser zu wissen, ob das bei den noch bis Jahresende laufenden KKW funktionieren kann. Denn die Betreiber der Kernkraftwerke sehen technische Herausforderungen in puncto ihres Betriebspersonals, der Brennelemente und anderer Faktoren. Doch grundsätzlich bin ich der Meinung, wir sollten in den kommenden ein bis zwei Jahren der Krise möglichst alle verfügbaren Erzeugungskapazitäten am Netz lassen. Dazu gehören auch die Kohlekraftwerke, die wir zumindest in der jetzigen kritischen Zeit nicht stilllegen sollten. Auch wenn dann die Brücke zu den Erneuerbaren CO2-trächtiger wird.

ZfK : Das bedeutet, dass die Bundesregierung ihr Ziel, den Kohleausstieg möglichst auf das Jahr 2030 vorzuziehen, zu den Akten legen sollte?

Alsheimer : Wir sollten mit Blick auf die mittelfristige Brücke zu den Erneuerbaren ohnehin auf Gase setzen. Nicht auf russisches Gas, aber auf Erdgas aus anderen Staaten und auf Wasserstoff. Dabei müssen wir ein neuerliches Klumpenrisiko wie beim Gasbezug aus Russland vermeiden.

Und wir müssen die drei energiewirtschaftlichen Prinzipien Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltver-

träglichkeit wieder in eine Balance bringen. Der Klimaschutz besteht auf der einen Seite im Ausbau erneuerbarer Energien, aber auf der anderen Seite besteht er auch in der Verpflichtung, eine Technologie zu wählen, die als Brücke zu den Erneuerbaren möglichst CO2-arm ist. Und das sind nun mal Erdgas und Wasserstoff. Selbst in einem System der kompletten Erneuerbaren-Welt brauchen wir Gase, weil wir sie als großvolumigen Speicher benötigen. Es geht um Energieeffizienz.

Der Wärmemarkt in Frankfurt ist viermal leistungsträchtiger als das Stromnetz. Es wird aber in jeder Sekunde, auch im tiefsten Winter, diese Spitzenleistung benötigt. Und diese durch ökostromerzeugende Anlagen zu gewährleisten ist unfassbar teuer.

ZfK : Inwiefern?

Alsheimer : Wenn wir nur auf Strom setzen, brauchen wir einen riesigen Ausbau an Erzeugungskapazitäten und Netzen. Dies gilt gerade für den Winter, wo wir die Spitzenlast im Heizmarkt haben, ohne dass wir vorher Energie speichern konnten. Der Wärmemarkt in Frankfurt ist viermal leistungsträchtiger als das Stromnetz. Es wird aber in jeder Sekunde, auch im tiefsten Winter, diese Spitzenleistung benötigt. Und diese durch ökostromerzeugende Anlagen zu gewährleisten, ist unfassbar teuer. Ohne einen großvolumigen Speicher geht es nicht. Deshalb sollten wir Wasserstoff fördern. Und zwar jede Farbe von Wasserstoff. Und als Brücke sollten wir den Erdgasmarkt nutzen. Das ist ja der größte Energiemarkt. Die weltweiten Erdgasreserven reichen länger als die Mineralölreserven. Aber der Erdgasmarkt leidet an einem Infrastrukturdefizit. Es gibt zu wenig LNG-Schiffe und LNG-Terminals.

ZfK : Das von der Ampelkoalition ausgerufene Konzept von Erdgas als „Brückentechnologie“ auf dem Weg zur

CO2-freien Welt hat also weiterhin Bestand?

Alsheimer : Ich halte die Strategie nach wie vor für richtig, ich kenne keine bessere Brückentechnologie Und ich kenne hinsichtlich der Erneuerbaren keine bessere Begleittechnologie als Wasserstoff. Ich glaube, das notwendige, große Mengengerüst für erneuerbare Energien kann nicht allein in Deutschland dargestellt werden.

ZfK : Was muss regulatorisch passieren, um Wasserstoff voranzubringen?

Alsheimer : Die Erdgasnetze sind eine bezahlte Infrastruktur, die technisch auch mit Wasserstoff umgehen kann. Wir haben nur wenige Schlüsselemente, die umzurüsten sind, wenn der Wasserstoffanteil zu hoch wird, etwa Verdichter-Stationen. Deshalb sollte beim Regulierungsregime den etablierten Gasnetzbetreibern das Wasserstoffthema zufallen.

ZfK : Wie kann die Verfügbarkeit von Wasserstoff zügig hochgefahren werden?

Alsheimer : Weil es schnell gehen muss, brauchen wir mehr Offenheit im Hinblick auf die Gewinnungsart von Wasserstoff. Mainova und die Thüga-Gruppe waren mit die ersten, die einen Elektrolyseur in Frankfurt aufgebaut und Wasserstoff ins Netz eingespeist hat. Man kann die grünen Energien für die Elektrolyse nutzen. Weil in Deutschland allein die Kapazitäten nicht ausreichen, müssen zügig und überall in Europa die Strukturen für Wasserstoff aufgebaut werden. Bundeswirtschaftsminister Habeck war ja auch in Norwegen. Der dortige Konzern Equinor ist damit befasst, Wasserstoff über CCS-Technologie zu gewinnen. Auch diese Technologie sollte man nutzen, um Wasserstoff zügig einsetzen zu können. Dann könnte sich die Wirtschaft schnell darauf einstellen. Deshalb brauchen wir mehr Offenheit bei der Farbenlehre für Wasserstoff, also bei seiner Gewinnungsart. Dass man perspektivisch sagt, wir bevorzugen Wasserstoff aus Elektrolyse mit Erneuerbaren, ist sicherlich denkbar. Aber erst einmal sollten wir starten.

ZfK : Die Bundesregierung will als Konsequenz aus der Ukraine-Krise den Erneuerbaren-Ausbau noch mehr beschleunigen. Nunmehr soll der Strom schon bis 2035 vollständig aus Erneuerbaren stammen. Ist das realistisch?

Alsheimer : Das ist sehr ambitioniert. Ich glaube, das notwendige, große Mengengerüst für erneuerbare Energien kann

nicht allein in Deutschland dargestellt werden. Wir müssen auch auf erneuerbare Energien zurückgreifen, die im Ausland erzeugt werden. Ich bin unsicher, wie die Akzeptanz der Menschen in Deutschland sein wird. Denn überall dort, wo es zu einer Verdichtung kommt, gibt es auch Widerstände. Übrigens oft über alle Parteigrenzen hinweg. Natürlich kann grundsätzlich das Ziel, bis 2035 Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, erreicht werden. Aber es ist unter politischen Gesichtspunkten sehr ambitioniert. Auf der anderen Seite ist es unser Weg, und wir sollten beginnen, ihn mit Verve zu gehen.

„Wir werden signifikante Preissteigerungen sehen. Wir werden versuchen, das unseren Kundinnen und Kunden mit Blick auf die steigenden Großhandelsmarktpreise zu vermitteln.“

ZfK : Alle Energieversorger und Stadtwerke werden spätestens zum Herbst drastische Preissteigerungen wie noch nie zuvor verkünden müssen. Wie wollen Sie damit umgehen, wie wollen Sie das kommunizieren?

Alsheimer : Die Energiewirtschaft wird das rollierend, also permanent tun, weil die Versorger ihre Tarife mit ganz unterschiedlichen Laufzeiten versehen haben. Die Grundversorgungstarife, vor allem beim Strom, werden in der Tat meistens im Herbst festgesetzt, weil dann die neuen Umlagen festgelegt sind. Aber im Grunde ist das ab jetzt schon ein laufender Prozess. Wir werden versuchen, geschickt einzukaufen. Wobei die Frage des geschickten Einkaufens schon eine enorme Herausforderung ist. Wir gehen hohe Risiken ein. Wir müssen abwägen, welche Möglichkeiten sich kurzfristig und langfristig auf diesen Märkten ergeben. Trotzdem werden wir signifikante Preissteigerungen sehen. Wir werden versuchen, das unseren Kund:innen mit Blick auf die steigenden Großhandelsmarktpreise zu vermitteln.

ZfK : Sie werden Ihre Endkundenpreise nicht zu Lasten der Unternehmensgewinne geringfügiger erhöhen als es betriebswirtschaftlich notwendig ist? Alsheimer : Nein. Ich habe schon gelegentlich darauf verwiesen, dass wir selbst keine fossilen Energieträger fördern und deshalb nicht die Spielräume dafür sehen. Darüber hinaus gehen wir als Energieversorger im Handelsgeschäft extreme Risiken ein. Natürlich appellieren wir an den Staat, der neben den Öl- und Gasproduzenten einer der Nutznießer der hohen Endkundenpreise

ist, bei den Steuern und Abgaben dämpfend einzuwirken. Das tut er auch. Aber der Wegfall der EEG-Umlage wirkt dabei nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein, bezogen auf die zu erwartenden Preissteigerungen.

ZfK : Sie haben bei der Bilanz-Pressekonferenz vor einem deutlich schlechteren Ergebnis für dieses Geschäftsjahr gewarnt. Was sind genau die Gründe dafür?

Alsheimer: Die Jahre 2020 und 2021 waren vom Ergebnisniveau besonders gut. Das Jahr 2020 war so erfolgreich, weil wir die Beteiligung an der Gas-Union verkauft haben und Kraftwerke zuschreiben konnten. Das Jahr 2021 war gut, weil es ein sehr kühles Jahr war und wir als wärmeorientierter Versorger davon profitieren konnten. Zudem konnten wir an den Handelsmärkten die Strommengen, die Kunden wegen der Pandemie nicht abgenommen haben, zu hohen Preisen verkaufen. Auch haben wir 2021 viele neue Kunden außerhalb des angestammten Netzgebietes hinzugewonnen. Die meisten dieser positiven Sonderfaktoren sehen wir in diesem Jahr nicht mehr. Deshalb planen wir konservativer. Abgesehen davon, dass wir nicht wissen, wie sich die Risiken aus dem Ukraine-Krieg niederschlagen werden. Etwa in unserer Beschaffung an den Energiemarkten in dieser extremen Hochpreisphase. Deshalb glauben wir, dass wir das Ergebnis von 2021 nicht erreichen können.

ZfK : Wie wirkt sich der juristische Streit um die Grund- und Ersatzversorgungstarife aus? Das Landgericht Frankfurt hat Ihnen gesplittete Tarife untersagt. Wie wirkt sich das auf Ihre Bilanz aus?

Alsheimer : Das wirkt sich natürlich nicht zu unserem Vorteil aus. Wir beachten die einstweiligen Verfügung. Das heißt, wir haben derzeit nur noch eine einheitliche Preisstellung in unserem Grund- und Ersatzversorgungstarif. Die Frage, wie sich das bilanziell auswirkt, hängt davon ab, wie wir die Preise in dem neuen einheitlichen Tarif jetzt einstellen. Noch ist nicht klar, ob wir die Verluste über alle Grundversorgungstarifkunden sozialisieren werden. Im Grunde will die Antragstellerin Lichtblick durch ihre Klage erreichen, dass wir die Belastungen, die wir durch den zusätzlichen Einkauf der Strommengen tragen mussten, auch unseren Bestandskunden im Grundversorgungstarif aufbürden. Lichtblick will dabei vertrieblich profitieren, das sind keine

Wettbewerbshüter.

ZfK : Wie wird sich die Rentabilität Ihrer Gaskraftwerks-Beteiligungen in Irsching und Bremen nach der Explosion der Gasgroßhandelspreise entwickeln?

Alsheimer: Wir haben Positionen auf einem sehr hohen Strompreisniveau vermarktet, das aber gleichzeitig durch extrem hohe Gaskosten gekennzeichnet ist. Dies dämpft natürlich die Rentabilität. Der Gaspreis schwankt von Tag zu Tag, von Beschaffung zu Beschaffung. Insofern kann man das Gesamtergebnis zum Jahresende noch nicht absehen. Es ist schon eine tägliche Herausforderung, die Gaskraftwerke zu optimieren.

Wir wollen das Geschäft mit Power Purchase Agreements (PPA) massiv voran bringen. Zu diesem Zweck werden wir den Handelsbereich, den wir in den vergangenen Jahren schon gestärkt haben, weiter ausbauen.

ZfK : Der Ergebnis-Anteil der Erneuerbaren ist bei der Mainova noch relativ klein. Wann wird er signifikant steigen?

Alsheimer : Wir sind mit unseren Wind- und Photovoltaikparks nicht unglücklich. Wir haben relativ viel PV-Mieterstrom in Frankfurt. Unsere Windparks haben im vergangenen Jahr etwas weniger verdient, denn der Windertrag war deutlich geringer als im Jahr zuvor. Deshalb lag auf den Windparks etwas Druck. Durch den Solarpark Boitzenburger Land erwarten wir zudem einen Zuwachs beim Deckungsbeitrag. Wenn das Projekt bis zum Jahr 2024 realisiert sein wird, werden wir im Segment

Erneuerbare substanziell mehr Erträge erzielen. Darüber hinaus wollen wir das Geschäft mit Power Purchase Agreements (PPA) massiv voranbringen. Zu diesem Zweck werden wir den Handelsbereich, den wir in den vergangenen Jahren schon gestärkt haben, weiter ausbauen.

ZfK : Sind Solarparks genehmigungsrechtlich leichter zu realisieren als Projekte mit Windkraftanlagen?

Alsheimer : Ja. Wobei wir uns auch weiterhin Windparks anschauen. Wir bauen zu und haben beispielsweise 2020 mehrere Bestands-Windparks im Hohenloher Land übernommen.

ZfK : Sie stellen das Heizkraftwerk West im Zentrum Frankfurts von Kohle auf Gas um. Muss das Projekt nicht angesichts der neuen Lage auch ökonomisch neu bewertet werden? Die umfangreiche Nutzung von Wasserstoff ist doch noch in weiter Ferne.

Alsheimer : In jedem Fall hoffen wir, dass der Wasserstoff-Hochlauf deutlich beschleunigt wird. Das wäre für das gesamte Rhein-Main-Gebiet elementar. Das Heizkraftwerk West wird von Anfang an für die Nutzung von Wasserstoff vorbereitet. Wir produzieren dort vor allem Wärme und beziehen zusätzlich künftig Abwärme von Rechenzentren und Biomasse in unser Fernwärmesystem mit ein. Aber das reicht nicht aus. Wenn wir – gerade zu Spitzenlastzeiten – nicht direkt Strom für die Wärmeproduktion im Winter verwenden können, brauchen wir Gase. Das ist zurzeit ohne Alternative.

ZfK : Wären angesichts der immensen Herausforderungen der Energiewende und der jüngsten Ereignisse am Energiemarkt nicht Zusammenschlüsse unter kommunalen Versorgern zu diskutieren? Das war ja mal vor Jahren intensiv der Fall. Der Ertragsdruck dürfte keineswegs nachlassen.

Alsheimer : Ich kann das von politischer Seite nicht erkennen.. Wir optimieren unser Geschäft und versuchen, neue Geschäftsfelder zu erschließen, etwa mit den Rechenzentren. Da sind wir sehr zuversichtlich. Die Ertragslage wird, das stimmt, weiterhin unter Druck stehen. Regulatorisch, wettbewerblich und nun auch noch risikoseitig angesichts der Beschaffungsrisiken. Darüber hinaus könnten optimalere betriebliche Strukturen oder Größenordnungen sicher guttun. Gerade auch mit Blick auf die Risikotragfähigkeit. Etwa, wenn wir auf das neue PPA-Geschäft schauen, das andere Risiken mit sich bringt als bisher bei den erneuerbaren Energien mit der garantierten Einspeisevergütung. Da benötigt man kompetente Handelsabteilungen, um diese PPAs über 20 Jahre eigenständig am Markt platzieren zu können. Das sind neue Anforderungen an kleine, mittlere Strukturen, aber auch an Regionalversorger wie uns. Deshalb halte ich grundsätzlich Zusammenschlüsse schon für überlegenswert an der ein oder anderen Stelle. Aber tatsächlich sehe ich keine greifbare Entwicklung in diese Richtung.

Interview: Klaus Hinkel

Abbildung:

Steht seit Anfang 2009 an der Spitze des Mainova-Konzerns: Constantin H. Alsheimer Bild: © Mainova

Abbildung:

Steht seit Anfang 2009 an der Spitze des Mainova-Konzerns: Constantin H. Alsheimer Bild: © Mainova

Wörter:

2299